

Leitantrag beschlossen auf dem Landesparteitag September 2011 in Mülheim

OPPOSITION gegen Sozialabbau und Niedriglöhne - Profiteure der Krise zur Kasse!

Die Wirtschaftskrise droht sich weiter zu verschärfen. Angesichts europaweiter Kürzungspakete droht eine regelrechte Depression.

Hier muss die LINKE den Widerstand gegen neue Bankenrettungspakete und für sozial gerechte, anti-neoliberale Alternativen organisieren. Die Profiteure der Krise müssen endlich zur Kasse gebeten werden und ein radikaler Politikwechsel für mehr gute Arbeit, Umverteilung von oben nach unten und soziale Rechte muss beginnen. Die Macht der Finanzmärkte, Banken und Spekulanten über die Politik muss gebrochen werden.

Dazu muss DIE LINKE die soziale Frage und die Eigentumsfrage wieder ins Zentrum ihrer Politik rücken.

DIE LINKE ist aufgerufen, die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung zu vertreten. Der Mehrheit der Bevölkerung, die sich nicht mit Hartz IV und sozialer Ausgrenzung, nicht mit Sklavenarbeit und Billiglöhnen abfinden will. DIE LINKE vertritt die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung, die nicht einverstanden sind mit den neuen Kriegen in Afghanistan und Libyen und die Auslandseinsätze der Bundeswehr ablehnen.

Selbst konservative Autoren sprechen es inzwischen laut aus: Die Linke hat Recht behalten. Vom globalen Kapitalismus profitieren die Reichen – „systemrelevant“ sind Banken, Versicherungs- und Automobilkonzerne. Sie werden mit den Steuergeldern der Lohnabhängigen gerettet. Nicht „systemrelevant“ im Kapitalismus sind die sozialen Rechte der Menschen, die den Reichtum erarbeiten, der immer ungleicher verteilt ist. Nicht „systemrelevant“ sind unter anderem diejenigen, die in Schulen, KiTas, Alten- und Pflegeheimen unverzichtbare Arbeit unmittelbar für Menschen leisten. Kapital und Patriarchat gehen Hand in Hand.

DIE LINKE kann nur stärker werden, wenn sie sich nicht weiter mit sich selbst beschäftigt, sondern selbstbewusst ihren antikapitalistischen Kurs hält. Denn Linkssein heißt heute um mehr zu streiten als bloße kosmetische Korrekturen am hässlichen Gesicht des Kapitalismus. In einer Zeit, in der Systemkritik stärker wird, ist DIE LINKE gefordert ihre Alternativen und eben auch ihre Systemalternativen in die Debatte einzubringen.

DIE LINKE.NRW ist als klare antikapitalistische Opposition in den Landtag gewählt worden.

Heute mehr denn je brauchen wir eine klare Stimme und konsequente Opposition gegen die unsoziale Kürzungspolitik der anderen Parteien. DIE LINKE.NRW steht gegen die Unterordnung unter die von Banken und Konzernen diktierten Sachzwänge und gegen eine Gesamtpolitik, die für die Armen und politisch Machtlosen in der Gesellschaft nur Zynismus übrig hat!

Griechenland, Portugal, Irland, den osteuropäischen EU-Ländern und seit mehreren Jahrzehnten dem gesamten armen Süden der Welt werden Kürzungsprogramme aufgezwungen, die noch schlimmer sind als die deutsche Agenda 2010. Mit dem Euro-Plus-Pakt, mit den neuen Bankenrettungspaketen, der Verschärfung des neoliberalen Stabilitätspakts, ist absehbar, dass sich auch in Deutschland der Druck auf Löhne und Sozialleistungen erheblich verschärfen. Dagegen gilt es den Widerstand zu organisieren.

Eine ganze Generation junger Menschen steht ohne Perspektive da. Sie zahlen schon längst für die Krise! Aber sie leisten Widerstand: Demokratisch-emanzipatorische Protestbewegungen rufen zu Streiks, Besetzungen, Demonstrationen und solidarischer Organisation auf. Auch wir empören uns, wir unterstützen diese Bewegung!

Allein DIE LINKE will mit einer europaweiten Vermögensgabe, mit einer wirklichen Bankenabgabe und einer Millionärsteuer die Profiteure und Verursacher die Krise wirklich zur Kasse bitten.

Allein DIE LINKE steht an der Seite der abhängig Beschäftigten und der Erwerbslosen. Mehr soziale Gerechtigkeit heißt deshalb, den Kampf gegen prekäre Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit und Minijobs zu führen und die Armut der Erwerbslosen in Hartz IV und von NiedriglöhnerInnen konsequent auf jede Tagesordnung zu setzen. Gemeinsam mit Betriebsräten, kämpfenden Belegschaften, Gewerkschaften und Erwerbsloseninitiativen setzen wir uns gegen diese skandalöse Normalität des heutigen Kapitalismus zur Wehr. Das heißt für uns Solidarität!

Gleichzeitig ist DIE LINKE. NRW eine emanzipatorische Partei. Sie ist feministisch, internationalistisch, ökologisch und für eine wirkliche, alle Menschen einbeziehende Demokratie. Der Kampf für die tatsächliche Gleichberechtigung gehört untrennbar zur Geschichte und den Aufgaben der LINKEN. Feministische Themen wie Quotierung, Lohngerechtigkeit und der Einsatz gegen sexualisierte und/ oder häusliche Gewalt müssen durch DIE LINKE mehr gesellschaftliche Unterstützung erfahren. DIE LINKE.NRW steht für den Kampf gegen patriarchale Unterdrückung.

Diese Zeit braucht eine antikapitalistische Opposition, die für Alternativen gegen die autoritär-kapitalistische Politik von Merkel, Sarkozy & Co. kämpft. Statt undemokratischer „Schuldenbremsen“ brauchen wir in ganz Europa und in Nordrhein-Westfalen sozial-ökologische Zukunftsinvestitionsprogramme für einen Umbau der Wirtschaft. Statt Armut trotz Arbeit und Armutsrenten brauchen wir radikale Arbeitszeitverkürzung auf 30 Std/Woche bei vollem Lohnausgleich und einen Mindestlohn von 10 Euro.

Landesvorstand und Landtagsfraktion haben die Aufgabe, gemeinsam mit den Kreisverbänden und den Landesarbeitsgemeinschaften weiterhin dafür zu argumentieren, damit die repressionsfreie Mindestsicherung, die Umverteilung von Arbeit durch eine radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns umgesetzt werden.

I. Mut zum Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen

1. Für das Recht auf Existenz sichernde Arbeit

Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Selten war eine Partei wie DIE LINKE so dringend nötig wie heute. Die Meldungen, die es beweisen, folgen so schnell aufeinander, dass man ihnen kaum noch folgen kann: Die Bundesregierung gesteht auf Druck DER LINKEN öffentlich ein, dass nur ein Mindestlohn von 10 Euro sicheren Schutz vor Altersarmut bietet. Forschungsinstitute geben der LINKEN recht, - das exportabhängige deutsche Wirtschaftsmodell wurde auf Kosten von GeringverdienerInnen ausgebaut, die in den vergangenen Jahren ein Fünftel ihres Einkommens verloren haben. Auch in NRW verschärfen sich soziale Ausgrenzung, Niedriglohn-Ausbeutung und Kahlschlag bei der sozialen Infrastruktur. DIE LINKE. NRW steht an der Seite der abhängig Beschäftigten und der Erwerbslosen.

Mehr soziale Gerechtigkeit heißt deshalb das Recht für alle hier lebenden Menschen, für Frauen und Männer, auf eine Existenz sichernde Erwerbsarbeit durchzusetzen.

Der wirtschaftliche Aufschwung ist an den Langzeiterwerbslosen und prekär Beschäftigten völlig vorbei gegangen. Dennoch werden die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen für Hartz IV-Bezieher auf ein Minimum zusammengestrichen. Wer aber von einem angeblichen Fachkräftemangel spricht, sollte nicht ausgerechnet bei der Aus- und Weiterbildung der Erwerbslosen sparen.

DIE LINKE. NRW führt gemeinsam mit den von Ausbeutung und Lohnraub Betroffenen den Kampf gegen prekäre Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit und Minijobs und gegen die Armut der Erwerbslosen in Hartz IV und von NiedriglöhnerInnen. Mit Betriebsräten, kämpfenden Belegschaften, Gewerkschaften und Erwerbsloseninitiativen setzen wir uns gegen diese skandalöse Normalität des heutigen Kapitalismus zur Wehr. Das heißt für uns Solidarität!

Wir wollen eine Umverteilung der Arbeit zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen, zwischen Männern und Frauen. Mehr Gerechtigkeit bedeutet eine geringere Lohnspreizung durch höhere Einkommen und weniger Geld für ManagerInnen und SpitzenverdienerInnen.

Wir wollen gleichzeitig die Umverteilung von Reichtum durch eine Steuerpolitik zugunsten der Armen und Beschäftigten, zulasten der großen Unternehmen, der Banken und der Vermögenden. Nur die LINKE verbindet diese vier Elemente -Lohnpolitik, Arbeitszeitpolitik, Sozialpolitik und Steuerpolitik - zu einem Programm für mehr soziale Gerechtigkeit.

Was wir wollen:

- mindestens 500 Euro Mindestsicherung
- 30 Stunden Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich
- Keine tariffreien Zonen

- 10 Euro Mindestlohn.
- Verbot von Leiharbeit
- Abschaffung der 1-Euro-Jobs und Minijobs, Sozialversicherungspflicht ab der ersten Arbeitsstunde

Für gute Arbeit im Öffentlichen Dienst

Auf Initiative der Gewerkschaften und der LINKEN hat die SPD-Grüne-Regierung in Düsseldorf ein neues Personalvertretungsgesetz verabschiedet. Es nimmt einige der üblen Verschlechterungen durch die CDU-FDP-Vorgänger zurück und stärkt die Rechte von Personalräten. Aber ist das alles? Wo bleibt der weitergehende Politikwechsel in Richtung einer Ausweitung und Neubestimmung des gesamten öffentlichen Dienstes? Was ist mit der zunehmenden enormen Arbeitsverdichtung in allen Bereichen und der 41-Stunden-Woche für BeamtInnen? Die LINKE will nicht mehr „Mitbestimmung“ an schlechten Verhältnissen, sondern eine Politik in Richtung Arbeitszeitverkürzung, mehr Personal, Geschlechtergerechtigkeit und Abkehr von prekären Verhältnissen – dafür muss der öffentliche Dienst Vorbildcharakter haben.

Deshalb setzt sich DIE LINKE. NRW dafür ein, dass die Kaufkraft der öffentlichen Haushalte nicht länger zu Lohndumping und Tariffucht beiträgt, sondern öffentliche Aufträge und Vergaben an soziale, ökologische und geschlechtergerechte Kriterien geknüpft werden. Kein Produkt, das in NRW gekauft wird darf durch Kinder- oder Sklavenarbeit gefertigt sein.

Was wir wollen:

- Deutliche Arbeitszeitverkürzung bei den BeamtInnen
- Kein bedarfsdeckender Unterricht an Schulen durch ReferendarInnen
- Weg mit den schlecht bezahlten und befristeten Teilzeitarbeitsplätzen, wie etwa in Kitas und in der Pflege
- Minijobs und 1-Euro Jobs abschaffen
- Arbeitsverdichtung und Mehrarbeit durch Personalabbau stoppen
- Ein Tariftreue- und Vergabegesetz, dass die Beschäftigten vor Lohndumping schützt und die Vergabe und den Einkauf der öffentlichen Hand an soziale, ökologische und geschlechtergerechte Kriterien knüpft.

Was wir tun:

- Landesvorstand und LT-Fraktion veranstalten so bald wie möglich einen haushaltspolitischen Ratschlag der LINKEN. NRW mit ihren Mitgliedern sowie Interessierten aus Gewerkschaften sowie sozialen und ökologischen Bewegungen und Verbänden. Dort sollen die Spielräume und die Prioritäten einer fortschrittlichen, sozial-ökologischen Haushaltspolitik diskutiert werden. Die

Diskussion soll, bei Bedarf unterstützt vom Landesvorstand und den Landtagsabgeordneten, auch in den Kreisverbänden geführt werden.

- Die Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit, sowie die konkreten Aktionen vor Ort gegen Leiharbeit und prekäre Beschäftigung sollen ausgeweitet werden. Bestehende Kommunikationsplattformen auf der Landeswebseite sollen von FachpolitikerInnen und Arbeitsgemeinschaften noch besser gefüllt werden.

2. Für das Recht auf Mobilität und ein echtes Sozialticket

Die Diskussion über den Preis der Mobilität im öffentlichen Nahverkehr hat verschiedene Ursachen.

Zum einen geht in geht es in der Umwelt- und Verkehrspolitik schon seit Jahrzehnten um die Zurückdrängung der Autos und den flächendeckenden Ausbau des öffentlichen Verkehrs aus ökologischen Gründen. Von hier stammt auch die Forderung nach einem kostenlosen ÖPNV, um den Anreiz zum Umstieg so stark wie möglich zu machen.

Zum zweiten ist die Mobilität eine entscheidende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe, die Teilnahme an Bildung, Kunst, Kultur, Sport oder auch Politik. Vom ÖPNV sind alle abhängig, die gar nicht die Wahl haben, ein Auto zu benutzen, in erster Linie wegen der zu hohen Kosten, aber auch aus Alters- und Gesundheitsgründen.

Die Kampagne für ein landesweites Nahverkehrsticket, das für wirklich alle bezahlbar ist, entstand in der Erwerbslosen- und Anti-Hartz-Bewegung und wird von der LINKEN ebenso unterstützt wie wir aus sozialen, demokratischen und ökologischen Gründen den ÖPNV zum Nulltarif für alle fordern. Der Fahrpreis ist immer politisch, und öffentlicher Verkehr geht ebenso wenig ohne Subventionierung wie Bildungseinrichtungen oder Sportstätten für Alle.

Zwar spricht auch die SPD-Grünen-Regierung von einem Sozialticket für NRW, doch ist ihr Modell mit einem jährlichen Zuschussbetrag von 30 Mio. € völlig unzureichend und deshalb für die Masse der von Hartz IV betroffenen Menschen nicht bezahlbar.

Was wir wollen:

- Ein landesweites Sozialticket für alle GeringverdienerInnen und Hartz-IV-Betroffenen für höchstens 15 Euro

Was wir tun:

- Seit vielen Monaten ist DIE LINKE in NRW und vor Ort aktiv, um gemeinsam mit Initiativen für ein echtes Sozialticket zu kämpfen
- Sowohl im Landtag und in den Kommunalparlamenten, aber insbesondere auch in Aktionen mit den Initiativen werden wir den Druck für die Einführung eines echten Sozialtickets verstärken.
- Wir setzen uns perspektivisch für einen kostenlosen Nahverkehr ein

- Wir unterstützen einen dezentralen Aktionstag um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen

3. Für das Recht der Frauen auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit

Der Kampf für die tatsächliche Gleichberechtigung gehört untrennbar zur Geschichte und den Aufgaben der LINKEN. Feministische Themen wie Quotierung, Lohngerechtigkeit und der Einsatz gegen sexualisierte und häusliche Gewalt müssen durch DIE LINKE mehr gesellschaftliche Unterstützung erfahren. Der Kampf gegen patriarchale Unterdrückung hat für DIE LINKE.NRW einen eigenen Stellenwert und gehört weit nach oben auf die Agenda.

Bundesweit hat das Ruhrgebiet die geringste Quote an Frauen mit einem Existenz sichernden Arbeitsplatz, NRW ist bei der Frauenerwerbsarbeit neben dem Saarland Schlusslicht in der BRD.

Ebenso weit hinten liegt NRW bei der Versorgung mit Frauenhausplätzen pro Einwohnerin. Es fehlen 1200 Frauenhausplätze und eine sichere Finanzierung der Häuser in NRW.

Was wir wollen:

- Gleiche Löhne, gleiche Aufstiegschancen
- Das Recht auf Vollzeit und Existenz sichernde Teilzeit
- Mindestens die Hälfte Frauen in Ministerien und Ämtern, Verwaltungen, Forschung und Lehre
- Mehr Lehrstühle für Geschlechterforschung an den Hochschulen in NRW
- Die Stärkung der kommunalen Frauenbeauftragten
- Die Aufstockung und zusätzliche Finanzierung der Zufluchtsstätten für Frauen und ihre Kinder zur Schaffung der benötigten weiteren 1200 Frauenhausplätze

Was wir tun:

- Im November führt DIE LINKE. NRW eine Frauenkonferenz durch, um Frauen in der Partei ebenso wie eine aktive Frauenpolitik zu stärken
- In Zusammenarbeit mit den frauenpolitischen SprecherInnen der Landtagsfraktion und der Kreisverbände arbeiten die FrauenpolitikerInnen des Landesvorstands, der Kommunalfraktionen und die LAG LISA kontinuierlich an einer inhaltlichen Profilierung der Frauenpolitik als eigenständige und als Querschnittsaufgabe der Partei

4. Für den sozial-ökologischen Umbau

In NRW findet kein sozial-ökologischer und industrieller Umbau statt.

Dabei hat die Tiefe des Konjunkturunbruchs in NRW in der Finanzkrise erneut vor Augen geführt, wie krisenanfällig die besondere Wirtschaftsstruktur das Land macht. Die Auto-Lastigkeit und die hohe Konzentration der Metallbearbeitung stellen vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Turbulenzen im Euro-Raum neben der hohen

Exportabhängigkeit, insbesondere Europa-Abhängigkeit, weiterhin ein erhebliches Risiko für NRW dar.

Anstatt hier gegenzusteuern und auf die Stärkung der Binnennachfrage und den Aufbau neuer Wirtschaftszweige in gesellschaftlichen Mangelbereichen zu setzen, halten SPD und Grüne an der Wirtschafts- und Industriepolitik der Vorgängerregierungen fest.

Das gilt insbesondere in der Energiepolitik. Die Bundesregierung hat den Atomausstieg bis 2022 beschlossen. Auch wenn dieser „Ausstieg“ einmal mehr nur halbherzig ist, auch wenn er mit den üblichen Zugeständnissen an die Stromkonzerne verbunden ist, auch wenn er statt auf Atom- auf die klimazerstörenden Kohlekraftwerke setzt – so ist er doch vor allem das Ergebnis von vierzig Jahren Massenprotesten. DIE LINKE. NRW hat diese Proteste, auch die angeblich radikaleren wie „Castor? Schottern!“ immer unterstützt. SPD und Teile der Grünen haben sich seit Jahren von der Anti-AKW-Bewegung entfernt. Nun betreiben sie Mythenbildung und feiern sich als Speerspitze der Bewegung. In NRW könnten SPD und Grüne beweisen, wie ernst es ihnen mit dem Atomausstieg ist. Doch die Atomanlagen in Ahaus, Gronau und Duisburg bleiben unangetastet, die Urananreicherungsanlage in Gronau wird weiter ausgebaut. Ausstieg sieht anders aus! DIE LINKE. NRW fordert die Landesregierung auf, den anstehenden Transporten des Castors im November die Durchfahrt durch NRW zu untersagen, keine PolizistInnen aus NRW ins Wendland zu schicken und sich an den Protesten und Blockaden zu beteiligen.

2013 werden in NRW die Netze in vielen Kommunen neu ausgeschrieben. Wir fordern in den Stadträten und Kreistagen, dass die Bedingung für eine Vergabe der Verzicht auf die Nutzung von Atomstrom und umweltfeindlichen Energieträgern ist. „Meine Stadt atomstromfrei“ hat sich auch nach dem Atomkonsens nicht erledigt. Eine Umkehr in der Energiepolitik wird es nur dann geben, wenn Energie dezentral und unter demokratischer Kontrolle produziert wird. Wir fordern, dass die Landesverfassung NRW mit Artikel 27(1) endlich umgesetzt wird. Darin heißt es: „Großbetriebe der Grundstoffindustrie und Unternehmen, die wegen ihrer monopolartigen Stellung besondere Bedeutung haben, sollen in Gemeineigentum überführt werden.“ RWE und EON müssen entmachtet werden. Für DIE LINKE.NRW gilt: Der Atomausstieg muss beschleunigt und endgültig gemacht werden. Deshalb fordert DIE LINKE.NRW die unverzügliche Verankerung des Ausstiegs aus der Nutzung der Atomtechnologie im Grundgesetz. Wir kämpfen an der Seite der BürgerInneninitiativen gegen die Atomanlagen in Ahaus, Gronau und Duisburg. DIE LINKE. NRW wird auch in diesem Jahr mitmachen, wenn es heißt: „Castor? Schottern!“.

Der nach wie vor nicht aufgeklärte Atom-Kügelchen-Vorgang um den Forschungsreaktor Jülich reiht sich ein in eine lange Kette von Skandalen des Umgangs der Landesregierung und Landesbehörden mit den Energiekonzernen. SPD und Grüne wollen eine Auseinandersetzung mit ihnen vermeiden, stattdessen findet hinter den Kulissen des Landtags eine enge Zusammenarbeit mit ihnen statt und wird stillschweigend geduldet. Nur DIE LINKE will diese Connection zwischen Energiekonzernen und Regierung aufklären und beenden. Das gilt nicht nur für die Atompolitik, sondern auch für die Gewinnung von unkonventionellem Erdgas in NRW. Energiekonzerne wie ExxonMobile und Wintershall vermuten hier das zweitgrößte Erdgasvorkommen Europas und haben inzwischen die Claims in NRW abgesteckt. Die Menschen in den betroffenen Regionen werden hinters

Licht geführt. Die Bezirksregierung Arnsberg hat einräumen müssen, dass der Einsatz des hochriskanten „Fracking“-Verfahrens für die Suche nach Erdgas entgegen früherer Verlautbarungen doch genehmigt wurde. Die Verunreinigung des lebenswichtigen Grundwassers ist dabei nur eine mögliche negative Folge. SPD und Grüne sind grundsätzlich für die Erdgasgewinnung. Nur DIE LINKE.NRW kämpft an der Seite der Menschen in den betroffenen Regionen konsequent gegen die Erdgasgewinnung und das „Fracking“.

Was wir wollen:

- DIE LINKE. NRW will einen Fahrplan für den sozial-ökologischen Umbau und eine industriepolitische Kehrtwende in NRW: Der Abbau von Überkapazitäten wie zum Beispiel beim Autobau und der Abbau lebens- und umweltfeindlicher Wirtschaftszweige, vor allem der Atomindustrie, muss mit der Schaffung mindestens ebenso vieler Arbeitsplätze im Bereich der neuen Verkehrssysteme, der ökologischen Energieversorgung und der Ressourcen schonenden Produkte einhergehen.
- den Ausbau und die Förderung regenerativer Energien und ein umfassendes Landesprogramm zur Gebäudesanierung inklusive der Versorgung mit Solardächern
- Stop der Urananreicherung in Gronau
- Ein Verbot von Fracking bundesweit, keine Fracking-Bohrungen in NRW
- den massiven Ausbau des Radwegenetzes und des ÖPNV

Was wir tun:

- Die Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit der LINKEN. NRW der vergangenen Monate zur Energiepolitik mit dem Ziel des „bezahlbaren Ökostroms für alle“ setzt der Landesvorstand gemeinsam mit der Landtagsfraktion, den Kreisverbänden und den KommunalpolitikerInnen intensiv fort.
- DIE LINKE. NRW organisiert im Frühjahr 2012 eine Konferenz zum Thema sozial-ökologischer Umbau und industriepolitische Kehrtwende in NRW.
- An die Aktionserfolge der Antiatombewegung bei starker Beteiligung der NRW-LINKEN wollen wir anknüpfen und weiterhin den kreativen Protest gegen die privaten Energieriesen mitgestalten. Gronau bleibt für uns ein Thema, bis die Urananreicherungsanlage dort geschlossen ist. Die gewachsene Zusammenarbeit vor Ort und auf Landesebene mit der Antiatombewegung werden wir weiter ausbauen
- Landesvorstand und Landtagsfraktion unterstützen die Kreisverbände in ihren Aktivitäten gegen das Fracking und gegen Transporte von Atommüll

5. Für gebührenfreie und demokratische Bildung

SPD und Grüne haben vor den Wahlen ihre Fahnen gegen das KiBiz der CDU/ FDP-Landesregierung geschwenkt und im Wahlkampf eine umfassende Revision dieses

Gesetzes versprochen. Das Ergebnis sind minimale Verbesserungen. Die prekäre Situation der ErzieherInnen und KinderpflegerInnen bleibt bestehen. Das gilt für den Arbeits- und Gesundheitsschutz ebenso wie für Löhne und Gehälter, die in keiner Weise der geleisteten Arbeit entsprechen. DIE LINKE.NRW will keine Betreuungsanstalten für unsere Jüngsten, sondern Kitas, in denen selbstbewusste Kinder groß werden und miteinander lernen können. DIE LINKE fordert ein Bildungskonzept, das von der Kita über die Gemeinschaftsschule bis zur Berufsausbildung ineinander greift und allen Kindern unabhängig von ihrer Herkunft eine umfassende Persönlichkeitsentfaltung und Ausbildung ermöglicht. Das ist nur mit kleinen Gruppen, Klassen und Seminaren zu haben. Dazu braucht es eine Demokratisierung der Bildungseinrichtungen und Mitbestimmung. Und dazu muss Bildung in allen Bereichen kostenfrei allen zur Verfügung stehen. Bildung ist Aufgabe des Staates und kostet Geld. Dieses Geld muss die Landesregierung in die Hand nehmen! Die Minderheitsregierung setzt in der Bildung auf das Gestern, DIE LINKE steht für die Zukunft!

Was wir wollen:

- Kostenlose gute Bildung für alle in jedem Lebensalter
- einen klaren Fahrplan zur Schaffung flächendeckender Ganztagsangebote bei Kitas und Schulen
- Aufstockung der Mittel für KiTas, unbefristete Existenz sichernde Stellen für ErzieherInnen
- die Aufwertung des Berufs der ErzieherInnen in Kitas
- die sichere Finanzierung der Kitas unabhängig von Kindpauschalen

Mit dem im Juli zwischen CDU, SPD und Grünen getroffenen Schulkonsens wird das Ziel „Eine Schule für alle“ faktisch beerdigt. DIE LINKE. NRW lehnt den Schulkonsens als rückwärtsgewandt, unzureichend und falsch ab.

Er ist reaktionär,

- weil er (nach eigener zutreffender Auskunft der CDU) das auslesende Schulsystem stärkt;
- weil er die Anzahl der Schulformen erhöht und die Schullandschaft noch unübersichtlicher macht;
- weil der Elternwille für gemeinsames Lernen bis zur Klasse 10 mit Füßen getreten wird, da die Kommunalparlamente nach Parteidünkel entscheiden können;
- weil der Streit zwischen den Kommunen jetzt nicht mehr nur um die letzte Hauptschule gehen wird, sondern um alle nicht mehr gewünschten Schulformen. Partiefrieden ging vor Schulfrieden!

- weil die Schulen in NRW immer noch nicht inklusiv werden und damit die UN-Charta missachtet.

Ein Burgfriede mit der CDU war SPD und Grünen wichtiger als ihre eigenen Wahlprogramme. DIE LINKE. NRW wird mit allen demokratischen Mitteln gegen diesen verheerenden „Konsens“ vorgehen. Die LINKE Landtagsfraktion wird den „Schulkonsens“ im Landtag ablehnen.

Schlussfolgerung: Gemeinsam kämpfen wir für eine gerechte und zukunftsfähige Bildung! Wir wissen, dass etliche Bürgerinnen und Bürger in NRW nicht mit dem Schulkonsens einverstanden sind. Wir kämpfen weiterhin für „Eine Schule für alle“ – das Gymnasium darf keinen „Artenschutz“ genießen!

Wir versuchen mit allen demokratischen Mitteln, die Umsetzung des „Schulkonsenses“ zu verhindern. Unser Ziel ist ein demokratischer Prozess für eine gerechte Bildungsreform. Der Landesvorstand wird den Kreisverbänden geeignetes Material zur Verfügung stellen, um vor Ort aktiv zu werden gegen den sog. „Schulkonsens“. Wir werden aufklären und Unterstützung aktivieren.

Auf Landesebene wollen wir aktiv BündnispartnerInnen gewinnen gegen den „Schulkonsens“ und bei ausreichender Resonanz auch zu zentralen Aktivitäten aufrufen. Erst durch massive Bildungstreikproteste konnten die Studiengebühren in NRW zum Wintersemester 2011/12 abgeschafft werden. Auch die LINKE.NRW hat ihren Teil dazu beigetragen. Doch für DIE LINKE. NRW gilt, auch ohne Studiengebühren dürfen die Hochschulen und die Lage der Studierenden nicht so bleiben, wie sie sind.

Auf die nordrhein-westfälischen Hochschulen kommen in der nächsten Zeit gewaltige Herausforderungen zu. Dafür wird ein neues modernes, demokratisches und inklusives Hochschulsystem benötigt, das sich an den Interessen der Gesellschaft und der einzelnen Hochschulgruppen orientiert. Eine wichtige Rolle spielt hierbei die Einführung einer Zivilklausel gegen Indienstrafe der Hochschule für Rüstung und Krieg, die Abschaffung des sog. Hochschulrates, mit dem die Demokratie an den Hochschulen geschleift wurde zugunsten von Wirtschaftsinteressen, die Stärkung der Mitsprache aller Statusgruppen an der Hochschule und die Rückführung der Hochschule in die Landesaufsicht.

Ein 'Hochschulfreiheitsgesetz light', das nicht deutlich aufräumt mit dem Rüttgers-Neoliberalismus wird es mit der LINKEN nicht geben! Der Bologna-Prozess hat zu einer Verschulung des Studiums geführt und Prüfungswahn an den Hochschulen entstehen lassen. Gleichzeitig ist die Problematik des Übergangs von Bachelor in den Master immer noch nicht adäquat geregelt und garantiert. DIE LINKE.NRW wird sich weiterhin für die Masterplatzgarantie einsetzen und auch in den kommenden Semestern wird die LINKE die Bildungsstreiks für ein neues Hochschulgesetz und die Verbesserungen der Lehr-, Lern - Lebensbedingungen unterstützen.

Nordrhein – Westfalen muss sich durch eine Bundesratsinitiative dafür einsetzen, dass die prekären Arbeitsverhältnisse an den Hochschulen untersagt werden (hier v.a. Befristungen). Die Tarifsperrung im Wissenschaftszeitvertragsgesetz muss abgeschafft

werden.

6. Für Demokratie und Soziale Rechte! Gegen Ausgrenzung, Neofaschismus und Rassismus

Schon lange vor der Krise ab 2007 beteiligten sich immer weniger Menschen an der repräsentativen Demokratie. Immer mehr Menschen sehen nicht ihre Interessen vertreten, sondern erleben die Entscheidungen in Parlamenten als Ausgrenzung und Missachtung. „Die machen doch eh, was sie wollen“ ist das Gefühl. Wut, Teilnahmslosigkeit und das Gefühl der Ohnmacht bestimmen bei immer mehr Menschen ihr Verhältnis zur Parlamentarischen Politik und ihren Parteien. Gerade die Menschen, die am heftigsten von der herrschenden Politik betroffen sind, beteiligen sich wenig an politischen Aktivitäten - oft gehen sie nicht mal mehr wählen. Der politischen Klasse ist diese Enthaltung gerade recht. Denn nur, wenn die unten stillhalten und nicht aufbegehren, können die oben ihre Interessen durchsetzen.

Doch das ist nur die eine Seite. Auf der anderen Seite werden Formen direkter Demokratie immer beliebter. Demonstrationen haben wieder mehr Zulauf (Anti-Atom in Berlin, Castor, Stuttgart 21 usw.). Die Proteste in Stuttgart und im Wendland haben gezeigt, dass sie eine politische Veränderung erzwingen können. Unkonventionelle neue Protestformen entstehen (campact.de und weitere Online-Aktivitäten, wikileaks, Flashmobs usw.) und bringen Menschen zusammen. Bisher sind sie vor allem Ausdrucks- und Protestform von gut verdienenden und gut ausgebildeten Menschen. Sie kämpfen aktuell vor allem für ihre eigenen Interessen. Soziale Proteste bleiben nach wie vor zu klein. DIE LINKE kämpft für eine Vernetzung der Proteste und für eine Solidarisierung der Starken mit den Geschwächten und Ausgegrenzten. DIE LINKE will Demokratie für alle!

Mit dem Glaubwürdigkeitsverlust der kapitalistischen Wirtschaftslogik und der Angst, die aus der Krise entstanden ist, radikalisiert sich die Verteidigung der Privilegierten-Vorrechte. Damit einher geht eine Verrohung in der Gesellschaft. Gewalt auf allen Ebenen ist die Folge. Staatliche Repressionen und Gewalt auf der Straße sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Um die eigenen Pfründe zu sichern, soll der Sozialstaat durch Ausgrenzung von Bevölkerungsteilen zurechtgestutzt werden. Im Gefolge von Sarrazin, Sloterdijk und anderen werden Muslime und sozial Benachteiligte als faul und als bloßer Kostenfaktor diffamiert. Menschen werden in nützlich und unnützlich geteilt. Niedriglohn, Repressionen gegen Erwerbslose, eine Familienpolitik zugunsten der Besserverdienenden, Abschiebepolitik und die Verweigerung Deutschlands als Einwanderungsland zu erkennen sind die politischen Instrumente, um diese menschenverachtenden Einteilung gesetzlich zu sichern. Die Forderung rechtspopulistischer und neofaschistischer Parteien und Organisationen finden hier den Boden, auf dem ihre Saat aufgeht und AnhängerInnen findet. Sie finden ihren Widerhall in allen Gesellschaftsschichten, wenn es heißt, „Wir zahlen nicht für Eure Griechen“. Es ist die gleiche Logik, mit der Sozialkassenschlag und Ausgrenzung gesellschaftsfähig werden. Ein Europa der Banken und Konzernen, ein Europa des Profits ist ein Europa der Konkurrenz und der Erpressung. Die Hartz Ideologie wird von Deutschland aus zum

europäischen Exportmodell und führt zu Rassismus und einer Entsolidarisierung der Menschen!

Überall in NRW finden Woche für Woche Aufmärsche von Neofaschisten statt. Brutale Übergriffe auf Menschen nehmen auch in NRW zu. Neben der Region Berlin ist unser Bundesland eine der Hauptregionen rechter Gewalt. Wie früher die SA der Nationalsozialisten, träumen auch die heutigen Neonazis, Faschisten und autonomen Nationalisten von Großaufmärschen. In Städten wie Dortmund wollen sie ganz bewusst durch ArbeiterInnenviertel marschieren, sich inszenieren, Macht demonstrieren und einschüchtern. An traditionellen Feiertagen der ArbeiterInnenbewegung versuchen sie ihre rassistische Hetze zu verbreiten und internationalistische Solidarität für ihre Zwecke umzudeuten. In den letzten Jahren hat sich die Rechte Szene einerseits radikalisiert, andererseits einen rechtspopulistischen Arm entwickelt: radikal auftretende Autonome Nationalisten geben sich gerne revolutionär, ja sogar antikapitalistisch, übernehmen traditionell linke Szenekleidung und kopieren linken Lifestyle. Hinter ihrer Fassade steckt jedoch dieselbe rassistische und autoritäre Ideologie wie eh und je. Rechtspopulisten wie die „Pro-Bewegung“ versuchen durch ihre vor allen Dingen antimuslimische Hetze an der Angst vor Fremden anzuknüpfen und schüren so rassistische Ressentiments in unserer Gesellschaft. DIE LINKE. NRW wird an allen Orten und zu allen Zeiten den Neofaschisten entgegentreten und aktiv gegen ihre braune Gesinnung auftreten.

Was wir wollen:

- DIE LINKE will eine multikulturelle Gesellschaft, in der unterschiedliche Kulturen gepflegt und als Bereicherung empfunden werden können
- Direkte Demokratie, die alle Menschen erreicht und sich nicht nur an die wendet, die das nötige Geld, die nötige Zeit und die gute Ausbildung haben. Dazu gehört Aufklärung und eine Sprache, die von allen verstanden wird.
- Beteiligungsmöglichkeiten und Mitbestimmungsrechte für alle Menschen, die hier leben
- breite Bündnisse, die solidarisch gegen Sozialabbau, Raubbau an der Natur, Erwerbslosigkeit, Repressionen und Ausgrenzung kämpfen

Was wir tun:

- Wir knüpfen überall vor Ort Bündnisse mit Organisationen, Parteien und Einzelpersonen, die für eine solidarische Gesellschaft streiten. Dabei stehen nicht die Interessen unserer Partei im Vordergrund, sondern die gemeinsamen Inhalte
- DIE LINKE beteiligt sich vor Ort, im Land und im Bund aktiv an Protesten, die an diese Inhalte anknüpfen. Dabei setzen wir Soziales und Ökologie nicht gegeneinander, sondern schaffen die Verbindung
- DIE LINKE klärt über Neofaschismus und Rassismus auf. Wir stellen der Politik der Ausgrenzung Angebote solidarischer Zusammenarbeit entgegen. Dabei unterstützen wir Initiativen vor Ort und schaffen sie da, wo sie nicht bestehen. Noch vor der Bundestagswahl wird der Landesvorstand gemeinsam mit der Landtagsfraktion zu einer

Basiskonferenz einladen, bei der mit antirassistischen Initiativen und kritischen WissenschaftlerInnen über die Inhalte und Ziele des Neofaschismus und Rechtspopulismus und ihre Abwehr diskutiert und beraten wird.

- Wir stellen uns an allen Orten gemeinsam mit bürgerlichen Bündnissen und der autonomen Antifa neofaschistischen und rassistischen Initiativen und Demonstrationen entgegen und leisten zivilen Ungehorsam.

- DIE LINKE ist aktiv vor Ort auch und gerade außerhalb von Wahlkämpfen. Wir machen Angebote zum Mitmachen in den Stadtteilen und bieten eine Alternative zum Nichtwählen

7. Für gerechte Steuern und handlungsfähige Kommunen

Die Finanzkrise dauert mittlerweile fünf Jahre. Fällige Bankrotte sind abgewickelt oder von Staats wegen verhindert worden, Unmassen wertlos gewordener Wertpapiere sind wie bei der WestLB in Bad Banks verstaut oder schonend abgeschrieben worden, der Zusammenbruch des globalen Kreditgeschäfts ist mit hunderten Milliarden Staatskredit bisher vermieden worden. Von Entwarnung kann aber keine Rede sein. Im Gegenteil. Das zeigen die dramatischen Entwicklungen in Griechenland, Spanien, Irland, Portugal und neuerdings Italien, die zum Spielball von FinanzspekulantInnen und Ratingagenturen gemacht wurden. In der europäischen Schuldenkrise versucht Deutschland mit dem „Euro-Plus-Pakt“, das Ende März auf dem EU-Gipfel in Brüssel verabschiedet wurde, Schröders und Fischers Agenda 2010 in der ganzen EU einzuführen, und zielt damit auf eine marktradikale und repressive Neuformierung der Sozialpolitik in den von der Staatspleite bedrohten Ländern.

Auf der Straße und im Landtag, in den Stadträten und im Bundesrat darf es aus NRW keine Zustimmung für diese Politik geben. Schluss mit der rassistischen Hetze gegen GriechInnen und PortugiesInnen und für einen Schuldenerlass und eine neue gerechte europaweite Sozialpolitik.

Auch bei uns vor Ort droht die öffentliche Finanznot zum Hebel zu werden, mit dem Demokratie immer weiter geschleift wird. Etliche Städte und Gemeinden pfeifen finanziell aus dem letzten Loch. Dennoch richten die meisten Verwaltungen ihre Stadt als Gabentisch für Investoren zu; die Interessen und Bedürfnisse sozial Benachteiligter fallen völlig hinten runter. Immer mehr alte Menschen sind auf finanzielle Hilfe durch den Staat angewiesen. Aber der Bund hat die Mindestsicherung im Alter auf die Kommunen abgewälzt. Allein in Köln kommen jeden Monat 150 neue Hilfesuchende hinzu. In Duisburg ist die Zahl der LeistungsbezieherInnen seit 2003 von 3700 auf 6300 angestiegen. In Münster müssen jährlich etwa fünf Prozent mehr SeniorInnen unterstützt werden. Die Steuerbasis der Städte und Kreise ist strukturell völlig unzureichend, kann aber von diesen selbst nicht verbessert werden. Wenn nicht endlich gehandelt wird, könnte vielen Kommunen die Entscheidungsgewalt über ihre Haushalte entzogen zu werden. Ein solcher „IWF für die Kommunen“ bedeutet aber die faktische Abschaffung der Demokratie in unseren Städten und Gemeinden.

Die kommunalen KämmererInnen und das Landesfinanzministerium finden keinen Konsens in der Verwendung der 350 Millionen zusätzlich bereitgestellter Mittel. Das

Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“ der Stadtspitzen fordert eine gerechte Verteilung der Konsolidierungshilfen; es reiche nicht, nur den am meisten verschuldeten Kommunen beizustehen.

Die einen wollen Mittel mit der Gießkanne verteilen, was allerdings auch den reichen Städten zu Gute käme. Andere wollen die Mittel auf die ärmsten Städte konzentrieren. Der Gesamtbetrag reicht angesichts des von der LINKEN festgestellten Infrastruktur-Bedarfs von 150 Mrd. bis zum Jahr 2020 nicht aus. Eine Änderung der Bundessteuermittel ist so bald nicht zu erwarten.

Und einigen Kommunen werden jetzt noch die zu erwartenden Lasten der sog. Bundeswehrreform aufgebürdet. Sie sollen mit den Folgen einer Reform allein fertig werden, mit der die Bundeswehr für den globalen Militärinterventionismus fit gemacht, aber zugleich verkleinert werden soll.

Von NRW muss ein wichtiger Impuls ausgehen für die Überwindung der ungerechten Kürzungspolitik in Deutschland und Europa, die zu Entleerung der Demokratie und Beschneidung sozialer Rechte führt.

Was wir wollen:

- Stärkere Besteuerung der Unternehmen und Vermögenden bei Entlastung der unteren und mittleren Einkommen.
- Eine Millionärssteuer, höhere Spitzensteuersätze bei Einkommens- und Körperschaftsteuer sowie die Erbschaftssteuer. Das brächte allein für NRW und seine Kommunen rund 20 Milliarden Euro Mehreinnahmen.
- Steuerhinterziehung bekämpfen durch Einstellung von weiteren Steuer- und Betriebsprüfern.
- Verbreiterung und Verstetigung der Gewerbesteuer hin zu einer Gemeindegewerbesteuer.
- Investitionspauschalen für die Kommunen aus Bundes- und Landesmitteln.
- Erhöhung des Anteils der Kommunen an Einkommens- und Unternehmenssteuern.
- Volle Übernahme der Kosten für übertragene Pflichtaufgaben durch Land und Bund, besonders im sozialen Bereich. Wer den Kommunen Aufgaben überträgt, muss auch zahlen.
- Spezielle Förderprogramme auf Landesebene für Gemeinden (z.B. sozialer Wohnungsbau).
- Die Entbindung finanzschwacher Kommunen von der Pflicht, bei Förderprogrammen zwingend einen Eigenanteil aufzubringen (z.B. bei Städtebauprojekten).

Was wir tun:

- DIE LINKE. NRW geht auf Gewerkschaften, Verbände und soziale Bewegungen mit dem Vorschlag eines Aktionsbündnisses „Für einen handlungsfähigen Sozialstaat - gegen die Schuldenbremse“ zu.
- Der Protest gegen die kommunale Kürzungspolitik wird vor Ort von der LINKEN aktiv unterstützt. Schwerpunktmäßig wird versucht, verschiedene soziale Gruppen und insbesondere sozial Benachteiligte zur Verteidigung der sozialen Infrastruktur zusammenzubringen. Es geht auch um die Verteidigung der Demokratie schlechthin: Jedes geschlossene Schwimmbad, jeder marode Spielplatz, jede kaputtgekürzte Bibliothek beschneiden die Menschen in ihren elementaren Rechten.
- Gemeinsam mit der Landtagsfraktion, den Kreisverbänden und den KommunalpolitikerInnen soll die Öffentlichkeitsarbeit für eine gerechte Gemeindefinanzierung und gegen den sozialen und kulturellen Ausverkauf in den Kommunen verstärkt werden.

Gesundheit ist keine Ware - gegen den Ausverkauf der kommunalen Krankenhäuser

DIE LINKE kämpft gegen den Vormarsch der profitorientierten Gesundheitskonzerne sowie für eine massive Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, in denen die PatientInnen in Würde gepflegt werden können und die Beschäftigten solche Arbeitsbedingungen vorfinden, die ihnen ermöglichen menschen- und nichtprofitorientiert arbeiten zu können.

8. Für ein Friedensland NRW

Die Welt erlebt einen großen Aufschwung demokratischer Bewegungen, insbesondere in Nordafrika. Doch die offizielle Politik hat nichts Besseres zu tun, als einen neuen Krieg in Libyen zu führen und die alten Diktaturen mit neuen Waffen zu beliefern. Die LINKE. NRW stellt sich auch hier quer: Keine Rüstungsexporte, keine militarisierte Außenpolitik und statt Um- konsequenter Abbau der Bundeswehr. Keine Werbung für die Bundeswehr in Schulen und auf dem NRW-Tag im Oktober in Bonn; Konversion von Rüstungsbetrieben und zivile Entwicklungspläne für alle Rüstungsstandorte in NRW – das sind unsere Forderungen.

Während die EU mit der NATO in der Welt Kriege forciert und selbst führt, schottet sie sich zunehmend ab und baut die Festung Europa weiter aus, um Flüchtlingsströmen keine Chance auf Einreise zu geben. DIE LINKE vergisst nicht die Tausenden Toten im Mittelmeer vor den Grenzen Europas. Kriege sind der Ausdruck und die Konsequenz der kapitalistischen Staaten beim Kampf um Märkte. Kriege sind der Ausgleich der Krisen des Kapitalismus.

Der Afghanistankrieg dauert bereits zehn Jahre. Eine Konferenz im Dezember in Bonn wird über seine Fortsetzung beraten. Die LINKE.NRW ruft auf, die Aktivitäten der Friedensbewegung zu diesem Anlass zu unterstützen. Die kriegstreibenden Staaten der

NATO wollen uns weiß machen, sie setzten sich für den Frieden und die Übergabe der Macht an die AfghanInnen ein. Wir aber wissen, dass sie vom Frieden reden, während sie Krieg führen.

Was wir wollen:

- Wir wollen NRW vom Rüstungsland zum Friedensland umbauen, daran muss sich auch die Wirtschaftsförderung orientieren
- Der Kooperationsvertrag des Landes NRW mit der Bundeswehr muss beendet werden: Keine Werbung für das Militär in den Arbeitsagenturen, an Schulen und Hochschulen
- Friedenserziehung muss zum Leitgedanken in der Bildung werden
- Keine Unterstützung durch Infrastruktur oder Polizei für Militäreinsätze

Was wir tun:

- DIE LINKE. NRW unterstützt die Proteste gegen „Petersberg II“ im Dezember
- Wir sind und bleiben ein Teil der Friedensbewegung und sind aktiv dabei am Antikriegstag, bei den Ostermärschen und den Aktionen und Protesten gegen den Krieg
- Die Verringerung des Personals an den Militärstandorten bzw. erst recht deren Schließung machen einen geplanten, koordinierten regionalen Strukturwandel erforderlich. Dazu brauchen die Städte, Gemeinden, Landkreise die finanzielle und organisatorische Unterstützung von Bund und Land. Ein solcher Strukturwandel, der die Abhängigkeit der Kommunen und Kreise vom Militär beendet, ist zugleich eine große Chance für neue zivile Nutzungen von Flächen und Gebäuden, die ergriffen werden muss. Die LINKE, die entschieden für den Abbau der Bundeswehr streitet, wird sich aktiv an diesem Konversionsprozess beteiligen und mit Bürgerinnen und Bürgern Vorschläge für die zivile Umnutzung von Militäranlagen unterbreiten.
- DIE LINKE unterstützt aktiv vor Ort das Bündnis „Schule ohne Bundeswehr NRW“

II. Das Aktionsprogramm der LINKEN. NRW für 2011-2012

Für sozial-ökologischen Umbau!

1. Fahrplan für den sozial-ökologischen Umbau und eine industriepolitische Kehrtwende in NRW!

DIE LINKE. NRW will ein neues Wirtschaftsmodell für NRW. Weg von der starken Exportlastigkeit, hin zu zukunftsfähigen Arbeitsplätzen im Bereich der neuen Verkehrssysteme, der ökologischen Energieversorgung und der Ressourcen schonenden Produkte.

2. Energiepolitik ökologisch, dezentral und sozial erkämpfen – unsere Städte ohne Atomkraft! DIE LINKE. NRW will eine Beteiligung der Städte und Gemeinden für eine soziale Energiewende. Wir wollen ökologische Stadtwerke stärken, die Rekommunalisierung der Vertriebsnetze und den Wohnungsbestand sozial gerecht sanieren.

*3. Ökologische Mobilität für alle – für ein landesweites Sozialticket!
DIE LINKE. NRW will für NiedrigverdienerInnen und Erwerbslose ein diskriminierungsfreies Ticket für den gesamten ÖPNV für maximal 15 Euro. Für alle Auszubildenden fordern wir ein Angebot, das preislich dem Semesterticket für Studierende entspricht.*

Für Demokratie und Frieden, gegen Ausgrenzung und Neofaschismus!

*4. Für Demokratie und soziale Infrastruktur – Ausverkauf der Kommunen stoppen!
DIE LINKE. NRW will einen Rettungsfonds für die Kommunen, der Demokratie und soziale Rechte schützt. Wir kämpfen gegen Kürzungszwang à la Griechenland in den Städten und Gemeinden.*

*5. Kein Kriegsnachschub aus NRW – für Konversion statt Kriegsunterstützung!
DIE LINKE. NRW will unser Bundesland zum Friedensland umbauen. Wir wollen kein Militär in Schulen und Arbeitsämtern. Strukturwandel durch Schließung von Militärstandorten muss für zivil-soziale Umnutzung der Anlagen genutzt werden. Dazu brauchen die betroffenen Kommunen Unterstützung von Bundes- und Landesebene.*

*6. Kein Platz für bürgerlichen und militanten Rassismus – für eine nachhaltige antifaschistische Politik!
DIE LINKE. NRW unterstützt breite Bündnisse aus der Zivilgesellschaft gegen Neonazis auf der Straße. Wir fordern eine Politik, die die Grundlage von Rassismus und Ausgrenzung angeht und kämpfen gegen Diffamierung von Muslimen, sozial Benachteiligten und Erwerbslosen.*

*7. Schutzräume sichern – für eine dauerhafte Finanzierung von solidarischen Hilfsstrukturen!
DIE LINKE. NRW will eine Reform, die dauerhaft Frauenhäusern und Frauennotrufen sichere Arbeit ermöglicht. Wer Frauen in Not helfen will, muss Einrichtungen und Personal sicherstellen.*

Für gute Arbeit – geschlechtergerecht!

*8. Tariffreie Zonen abschaffen!
DIE LINKE. NRW will Gewerkschaften und BetriebsrätInnen stärken. Wir wollen einen landesweiten Fahrplan zur Erfassung aller Wirtschaftsbranchen durch Tarifverträge. Bis*

2015 darf es kein Unternehmen mehr ohne Tarifbindung geben.

9. Mehr gute Arbeit für NRW durchsetzen!

DIE LINKE. NRW will unsichere und schlecht bezahlte Beschäftigungsverhältnisse im Landesdienst überwinden. Wir streiten für kürzere Arbeitszeiten, gegen befristete Arbeitsverhältnisse und ein Verbot der Leiharbeit. Land, Landkreise und Kommunen müssen mehr zukunftsfähige Ausbildungsplätze anbieten. Alle Jugendlichen müssen eine Garantie auf Ausbildung oder Arbeit erhalten.

10. Frauenquote durchsetzen!

DIE LINKE. NRW will, dass im Landesdienst mindestens jede zweite Arbeitsstelle an eine Frau vergeben wird. Wir wollen ungleiche Bezahlung abschaffen.

Gute Bildung und Selbstbestimmung für alle!

11. Schulnonsens verhindern – eine Schule für alle muss her!

DIE LINKE. NRW lehnt den sog. „Schulkonsens“ ab. Mit der sozialen Auslese im Schulsystem muss Schluss sein! Wir kämpfen für eine Schule für alle mit kleineren Klassen für ein besseres Lernen.

12. Gemeinsam lernen und leben – überall!

DIE LINKE. NRW will einen Fahrplan für umfassend finanzierte und flächendeckende Kitas und Ganztagschulen durchsetzen. Wir wollen ein wohnortnahes Angebot für alle nach dem Grundsatz „kurze Beine, kurze Wege“.

13. Für öffentliche und demokratische Hochschulen!

DIE LINKE. NRW will das undemokratische „Hochschulfreiheitsgesetz“ abschaffen. Wir wollen aus den Unis und FHs inklusive Gesamthochschulen machen. Hochschulbildung soll enger mit Schulen und Ausbildungsberufen verzahnt werden. Sie muss für alle zugänglich und demokratisch organisiert sein.

III. Wir sind Opposition

Keine der im Landtag vertretenen Parteien außer DIE LINKE stehen für eine Politik, die soziale Gerechtigkeit, Umverteilung von oben nach unten und den Erhalt von Klima und natürlichen Ressourcen und nicht die Profitinteressen der Banken und Konzerne in den Mittelpunkt ihres Handelns stellt.

Nur dank großer Konjunkturprogramme ist der weltweite Absturz nicht noch stärker ausgefallen. Die wirtschaftliche Erholung wird jetzt jedoch brutal abgewürgt, da auf Druck der Merkel-Regierung in Europa sowie durch reaktionäre Kräfte in den USA überall Kürzungen der öffentlichen Ausgaben durchgesetzt werden. Weder abhängig Beschäftigte noch Erwerbslose haben von dieser konjunkturellen Erholung etwas gespürt. Weder stiegen die Löhne noch wurden gut bezahlte Vollzeitjobs geschaffen. Dagegen war die

konjunkturelle Erholung geprägt von:

1. Der größte Teil der neu entstandenen Arbeitsplätze entsteht als Leiharbeit, befristet oder nicht sozialversichert. Der Aufschwung kompensiert nicht, dass das untere Fünftel in den vergangenen Jahren immer ärmer geworden ist und die Reallöhne ebenfalls stetig zurückfallen. Die Armut der 3,5 Millionen RentnerInnen in NRW steigt; jeder 10. RentnerInnen-Haushalt lebt unter der Armutsgrenze; bei Frauen sind es sogar 13 %.

2. Der Aufschwung gerade in einem exportorientierten Land wie NRW ist in hohem Maße von der wirtschaftlichen Entwicklung im Ausland abhängig: Die USA stagnieren, Japan verzeichnet in zwei Quartalen negatives Wachstum. Die Schulden- bzw. Bankenkrise ergreift in Europa ein Land nach dem anderen, doch genau hierhin gehen 60 % der NRW-Exporte.

Auch wenn mehr Menschen in NRW und anderswo sich gegen eine solche Politik empören, Streiks, Demonstrationen und der kleine Widerstand im Alltag zunehmen, so glauben immer noch zu viele Menschen, dass die Parteien stellvertretend für sie die Politik verändern werden. DIE LINKE weiß, dass eine Veränderung erkämpft werden muss – wie in anderen Ländern Europas und der Welt vor allem auf den Straßen und Plätzen, in Universitäten und Betrieben – aber auch mit unseren Abgeordneten im Parlament. Bereits heute teilt die Mehrheit der Menschen viele unserer Forderungen. Unser Ziel ist es, dass sie sie nicht nur teilen, sondern erkämpfen. DIE LINKE ist eine Protestpartei und sie wird es bleiben!

Dass eine Veränderung auf parlamentarischer Ebene nur dann in Gang kommt, wenn es Druck von Außen gibt, haben die letzten Monate einmal mehr bewiesen.

Die rotgrüne Koalition steht vor einem „Herbst der Entscheidung“: Bald wird für die Öffentlichkeit sichtbar werden, dass ihre Maßnahmen unzureichend sind. Umgekehrt bestätigt sich, dass die Forderung der LINKEN nach einem angemessenen Steuervollzug berechtigt sind: „Die Betriebsprüfer der Finanzämter haben dem Land NRW 2010 hohe Einnahmen für die Landeskasse beschert. Insgesamt wurden fast fünf Mrd. Euro zusätzliche Steuern festgesetzt ... Beim durchschnittlichen Jahresergebnis je Betriebsprüfer liegt NRW mit einem Betrag von 1,3 Mio. Euro pro Prüfer über dem bundesweiten Durchschnitt von 1,1 Mio. Euro“ (WDR 3).

4. Die „Schuldenbremse“ wird das Gesicht der Demokratie nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf Landes- und kommunaler Ebene verändern, und zwar zum Schlechteren. Vor allem, weil die Ursachen der tiefgreifenden Wirtschafts- und Finanzkrise überhaupt nicht angegangen wurden. Auch über die nächste Bundestagswahl 2013 hinaus wollen neoliberal-kapitalistische Kräfte sie als Vorwand nutzen, um politisch nicht mehrheitsfähige Kürzungen und Beschneidungen sozialer Rechte zu rechtfertigen. Die „Schuldenbremse“ verhindert bei niedrig bleibenden Steuereinnahmen auch wichtige Zukunftsinvestitionen. Damit wird ein dringend notwendiger, radikaler Kurswechsel weg vom unsolidarischen, exportgetriebenen Wirtschaftsmodell der BRD blockiert. In der rot-grünen Minderheitsregierung gibt es starke Kräfte, die auf eine Einhaltung der neoliberalen Schuldenbremse dringen und Sozialkürzungen und Stellenabbau ansteuern.

Seit klar ist, dass DIE LINKE als Mehrheitsbeschafferin nicht zur Verfügung steht, wir nicht nur von einem Politikwechsel sprechen, sondern auch meinen, wurde aus der Einladung der Landesregierung an alle Fraktionen ein exklusives Angebot an die CDU. Während für ein Sozialticket und eine bessere Ausstattung der Kindertagesstätten nur Kleinstbeträge zur Verfügung gestellt werden, einigten sich SPD und Grüne mit der CDU ohne Wenn und Aber auf ein Milliarden teures Abwicklungspaket für die West LB zu Lasten der Menschen in NRW. Nun soll mit dem von CDU, SPD und Grünen gemeinsam beschlossenen sogenannten „Schulkonsens“ das gegliederte Schulsystem in der Landesverfassung festgeschrieben, das Gymnasium verewigt und die Klassengesellschaft in der Schule zementiert werden.

SPD und Grüne lassen die Katze aus dem Sack. Plötzlich will Ministerpräsidentin Kraft ein "Effizienzteam" nach Chancen für Einsparungen im angespannten Landeshaushalt fahnden lassen, Finanzminister Walter-Borjans bekennt sich ausdrücklich zur Schuldenbremse und die SPD kündigt für den Landeshaushalt 2012 "keine Tabus" bei den Einsparungen und Einschnitte beim Landespersonal an.

Dreimal hatte die Minderheitsregierung die Chance, sich für einen deutlichen Politikwechsel zu entscheiden. Die Mehrheiten sind da, doch SPD und Grüne verharren im Stückwerk und Halbherzigkeiten. Die Studiengebühren wurden abgeschafft, ein umfassender Ausgleich für die Hochschulen jedoch abgelehnt. Die Residenzpflicht wurde aufgehoben, eine Umkehr in der Flüchtlingspolitik aber bleibt aus. Grüne Fahnen wehen auf Antiatomdemonstrationen und hier und da auch eine von der SPD, aber ein wirklicher Ausstieg aus allen Atoanlagen liegt auch in NRW in weiter Ferne. SPD und Grüne haben mit der Entscheidung zur West LB und zum Schulkonsens offen gesagt, was sie in NRW wollen: Sie wollen eine breite Koalition der vermeintlichen Mitte. Erst mit Neuwahlen 2012 in NRW und dann 2013 im Bund. Für die Menschen in NRW und dann auch im Bund bedeutet das: Sozial-, Demokratie-, Bildungs- und Arbeitsplatzabbau.

Für DIE LINKE. NRW ist klar: Wir lehnen einen als „Konsolidierung“ verkauften Sozialabbau ab! Ein substantieller Teil der erzielten Steuermehreinnahmen muss für zusätzliche Investitionen und Ausgaben in gesellschaftlich dringliche Belange ausgegeben werden. Rotgrün hat jetzt noch die Chance (original: muss jetzt „liefern“) für einen sozial-ökologischen Politikwechsel. DIE LINKE. NRW fordert:

1. die Schaffung neuer sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst, vor allem im Bildungsbereich;
2. höhere Zuweisungen an die Kommunen, um dort drohendem Personalabbau, der Einschränkung der öffentlichen Infrastruktur entgegenzuwirken und soziale Rechte zu schützen;
3. die deutliche Erhöhung der sozialen und ökologischen Zukunftsinvestitionen. Ein wichtiger Baustein hierbei ist der Ausbau des sozialen Mietwohnungsbaus, der energetischen Gebäudesanierung und des barrierefreien Bauens.
4. von NRW ausgehend einen Aufbruch für die Überwindung der ungerechten Kürzungspolitik in Deutschland und Europa, die zu Entleerung der Demokratie und

Beschneidung sozialer Rechte führt. DIE LINKE. NRW geht auf Gewerkschaften und Verbände zu mit dem Vorschlag eines Aktionsbündnisses „Handlungsfähige Demokratie – gegen Schuldenbremse“. Diskutiert werden muss eine Klage gegen die Schuldenbremse im Grundgesetz und gegen die strukturelle Unterfinanzierung der Länder und Kommunen. Zu diesen letztgenannten Punkten soll die Linksfraktion einen Entschließungsantrag in den Landtag einbringen.

5. ein Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP) und eine Steuerreform.

DIE LINKE ist die einzige Partei, die einen konsequenten und ganzheitlichen Gegenentwurf zum neoliberalen Sozialabbau, gegen die soziale Spaltung in der Gesellschaft und für mehr Gerechtigkeit und Solidarität, für einen sozialen und ökologischen Umbau sowie ein anderes Politikmodell in NRW hat. DIE LINKE.NRW bleibt bei ihrem klar antikapitalistischen Profil. Wir verfolgen konsequent linke Reformprojekte in eine solidarische Gesellschaft.

Überall in der Welt stehen heute Menschen auf, um gegen die herrschende Politik auf die Straße zu gehen und für ihre Rechte zu kämpfen. Die Demokratiebewegungen in Nordafrika, in Spanien, Italien und vielen anderen Ländern sind der berechtigte Protest von Menschen, auf deren Rücken der Kapitalismus sich immer neu aufrichten will. Die Antwort auf diesen Kapitalismus des 21. Jahrhunderts, seine Kriege, Ausbeutung und Menschenverachtung, kann nur eine sozialistische Demokratie sein.

Unsere Antwort auf die Krise des Kapitalismus bleibt: DIE LINKE steht in Opposition zur herrschenden Politik und mit uns Millionen von Menschen – in NRW und überall in der Welt. Alles andere wäre Verrat an unseren WählerInnen und Betrug an unseren Mitgliedern.

IV. Eine Partei der Mitglieder: Offen, ehrlich und engagiert

Für eine lebendige Mitgliederpartei in NRW!

Wir wollen eine emanzipatorische, sozialistische Massenpartei werden, die hilft „*alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist*“ (Karl Marx). Auf dem Weg dahin haben wir auch in Nordrhein-Westfalen einige fremd- und selbstverantwortete Hindernisse zu überwinden.

- 1) Nach vier Wahlkämpfen kommt es nun vor Ort darauf an, dass sich die LINKE überall in den gesellschaftlichen Strukturen und Bündnissen verankert. Das gemeinsame Ziel der LINKEN. NRW für das kommende Jahr ist, starke Strukturen vor Ort aufzubauen, denn nur so wird es uns gelingen, die Partei zu verankern und unseren Grundsatz, Politik mit und nicht für die Menschen zu machen, zu verwirklichen. Wir ermutigen unsere Mitglieder, aktiv zu werden und setzen an ihren Interessen an. Wir ermutigen unsere MandatsträgerInnen vor Ort, in Land und Bund, die Parlamentsarbeit mit der aktiven Arbeit auf der Straße zu verbinden. Unser Ziel ist nicht, dass MandatsträgerInnen in Aktenbergen

verschwinden und der Partei verloren gehen. Vorstände und Fraktionen arbeiten Hand in Hand für einen Politikwechsel. Sie mobilisieren Widerstand und wissen: ohne den Druck der Straße verändern wir im Parlament gar nichts.

Ziel ist und bleibt der Aufbau einer mitgliedernahen Parteistruktur, die sowohl für gemeinsame politische Kampagnen als auch für die Interessen der Menschen, die auf uns ihre politischen Hoffnungen setzen, taugt. Wir wollen die Kreis- und Ortsverbände unterstützen, damit sie zu einer dauerhaften Aktivierung und Selbstorganisation von Menschen in benachteiligten Stadtteilen und Lebenssituationen beitragen können.

Eine stärkere soziale Basis bei den lohnabhängig Beschäftigten, kleinen und prekären UnternehmerInnen, Erwerbslosen und sozial Benachteiligten ist unverzichtbar. Es ist für uns die größte und wichtigste Herausforderung, das hinzubekommen.

Der Landesverband unterstützt die Verbreitung von Stadt- und Stadtteilzeitungen. Das Ziel muss lauten, dass bis zur Bundestagswahl 2013 jeder Kreisverband eine Zeitung herausgibt, mit der die Menschen vor Ort angesprochen werden.

Der hohe Anteil an Neumitgliedern und die wiederholt vorgetragenen Forderungen aus vielen Kreisverbänden machen eine Verstärkung der innerparteilichen Bildungsarbeit dringend notwendig. Der Landesvorstand wird ein Konzept erarbeiten, bei dem sich landesweite und regionale Seminarangebote mit möglichst niedrighschwelligem Angeboten auf lokaler Ebene ergänzen.

Perspektivisch soll eine Bildungsarbeit geleistet werden, die es allen interessierten Parteimitgliedern ermöglicht, kompetent Politik zu machen, den fruchtbaren Meinungsstreit in einer pluralistischen Linken demokratisch, respekt- und kulturvoll auszutragen sowie transparent und kommunikativ, effizient und verantwortlich in Gremien zu arbeiten.

Dringend notwendig sind auch *regionale Strukturen* innerhalb des Landesverbandes für die Bildungsarbeit, den Austausch von BasisaktivistInnen und MandatsträgerInnen und zur Verständigung mit ebenfalls regional organisierten gesellschaftlichen Kräften und Institutionen (Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden etc.).

- 2) Unser Landesverband ist nicht nur zahlenmäßig der größte innerhalb der alten Bundesländer. Nordrhein-Westfalen ist gleichzeitig ein Flächenland mit verschiedenen Regionen. Für viele GenossInnen, die nicht zentral im Ruhrgebiet wohnen oder verkehrsmäßig gut angebunden sind, ist es kaum zumutbar, häufig für die parteipolitische Arbeit weite Strecken zurücklegen zu müssen. Trotzdem wollen sie sich beteiligen und DIE LINKE voranbringen. Wir müssen Mittel und Wege finden, dass wir Politik für alle machen – und auch Politik für alle zugänglich machen innerhalb der Partei.
- 3) Noch immer ist unsere Partei für viele Menschen nicht attraktiv, leider gerade oft für diejenigen, die wir erreichen wollen. DIE LINKE wird nach wie vor als männliche Partei wahrgenommen. Der Altersdurchschnitt in der LINKEN. NRW liegt bei 46 Jahren. Uns fehlen vor Ort die aktiven Genossinnen und Genossen, die zwischen 30 und 40 sind, ihre Kinder in den Schulen und Kitas haben, in

Erwerbslosenforen und in den Betrieben verankert sind, im Sportverein aktiv sind und Netzwerke aus dem Alltag in den Stadtteilen und Kommunen knüpfen. In vielen Kreisverbänden gelten frauenpolitische Themen als Randthema. Das Phänomen von freien Frauenplätzen in Kreisvorständen findet sich fast überall. In den meisten Kreisverbänden wird darüber geklagt, dass es zu wenige Frauen gebe und es auch nicht gelänge, neue Frauen anzusprechen. Doch wo Frauen fehlen, fühlen sich häufig auch Männer nicht wohl in Arbeitsstrukturen. Die Arbeit lastet auf wenigen Schultern, die nach den letzten Jahren zu Recht müde sind. Unsere Arbeitsstrukturen, die Zeiten, in denen Versammlungen stattfinden, die Debattenkultur und das Diskussionsklima schließen nicht nur Frauen aus, sondern alle, die eine solidarische Form der Zusammenarbeit wollen. Häufig genug erleben wir, dass unsere Arbeit kritisiert wird, viel zu selten aber eine Wertschätzung all dessen, was wir leisten. Häufig genug wird nicht gesehen, dass hinter dem Leben in der Partei ein Leben im Alltag stattfindet, das unsere Arbeitsmöglichkeiten und -formen prägt. Wertschätzung ist nicht nur in der Erwerbsarbeit Grundlage eines solidarischen Miteinanders, sondern gerade auch in linken Strukturen.

- 4) In vielen Kreisverbänden prägen die Fraktionen und MandatsträgerInnen das politische Gesicht der LINKEN. Der Spagat zwischen parlamentarischer Arbeit und außerparlamentarischer Initiative gelingt uns allen miteinander auf allen Ebenen viel zu wenig. Das viel zitierte Primat der Partei ist oft von allen gewollt, aber nur selten mit Leben in der Partei gefüllt. Es gibt in NRW lediglich eine Betriebsgruppe der LINKEN, wir sind in den Stadtteilen zu wenig verankert und oft gelingt es uns nicht, Mitglieder einzubeziehen und gemeinsam Politik vor Ort zu entwickeln. Das führt nicht selten zu Frusterlebnissen, die sich im Umgang untereinander widerspiegeln. Die häufig vorkommende Personalunion von Ratsmitgliedern und Kreisvorständen führt nicht nur zu einer Überlastung der Genossinnen und Genossen, sondern auch zu einem parlamentarischen Fokus auf die politische Arbeit. Wir müssen den wichtigen Spagat zwischen der parlamentarischen Arbeit auf allen Ebenen und der außerparlamentarischen Arbeit an der Basis schaffen. Solidarisch, miteinander, Hand in Hand.
- 5) Wer alte und junge Menschen, Frauen und MigrantInnen für sich gewinnen will, muss sich bemerkbar machen. Die landes-, europa- und bundespolitischen MandatsträgerInnen werden gebeten, sich für wichtige Aktionen z.B. im Bereich Rente, Ausbildungsplatzmangel, Gleichstellungspolitik usw. zur Verfügung zu stellen, um die Öffentlichkeitswirksamkeit unserer Aktivitäten zu erhöhen.

Linke Arbeit und linke Politik lebt von der Bereitschaft, von und miteinander zu lernen. Wir alle haben Wissenslücken und sind manchmal ratlos. Hier bietet der Landesvorstand gemeinsam mit den parteinahen Bildungsträgern und dem LAK innerparteiliche Bildung eine breite Palette von Bildungsangeboten an. Die Kreisverbände nehmen diese Angebote auf und nehmen sie ernst. Ein Bildungswochenende ist ein weiteres Wochenende für die Partei. Langfristig ist es ein Wochenende für mehr eigene und für gemeinsame Zeit! Nachdem die Programmdebatte beendet ist, wird der Landesvorstand in der zweiten

Hälfte seiner Amtszeit intensiv den Beschluss des letzten Landesparteitages zur innerparteilichen Bildung in den Kreisverbänden umsetzen.

Der Landesvorstand berichtet in jeder Sitzung des Landesrates, in welchem Umfang und in welcher Form die als Arbeitsaufträge formulierten Beschluss-Bestandteile dieses Leitantrages bereits umgesetzt sind.